

Volker Hauff,  
Günther Bachmann (Hrsg.):  
Unterm Strich.  
Erbschaften und Erblasten für  
das Deutschland von morgen.  
Eine Generationenbilanz,  
Oekom Verlag München 2006,  
132 S. (14,80 €)

Zur Publikation gab es Mitte vorigen Jahres einige Präsentationen. Mittlerweile ist das Buch »Unterm Strich« von den »Neu«- und »Aktuell«-Seiten des Oekom Verlages bereits wieder verschwunden und auf dem Weg in die mediale Vergessenszone. Wie lange die paar Schnupper-Leseproben des mitschreibenden Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung noch zugänglich bleiben, wird man sehen. Die Zweitautoren des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik haben auf eine solche Anpreisung gleich verzichtet. Auch wenn die Unterzeile »Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen« lautet, wäre eine solche Beerdigung wirklich verfrüht. Der von Volker Hauff und Günther Bachmann vom Rat für nachhaltige Entwicklung herausgegebene Band ist nüchtern und sehr verständlich geschrieben, wirklich informationshaltig und ein gutes Beispiel dafür, wie aus der empirisch gehaltvollen Beschreibung nicht nur Fragen, sondern auch Problemlösungen entwickelt werden. Aber eine Reihe von mitlaufenden Zielvorstellungen sind nicht bloß problematisch, sondern schlicht inakzeptabel. Worum geht es?

Es geht um Demografie. Ein Thema, bei dem man den Eindruck nicht loswird, dass sich die Linke dafür heute genauso wenig interessiert wie vor dreißig Jahren, als sich der Schatten der völkischen Okkupation der demografischen Frage auf jede Interessensbekundung legte und sie in politische Verdachtszonen rückte. Der Band geht von der Abnahme der Bevölkerungszahlen in Deutschland aus und fragt nach den Folgen für Raum- und Landschaftsentwicklung, Energie und Arbeit. Zugleich fragt er, wie Veränderungen in diesen Systemen auf die demografische Entwicklung zurückwirken. Endlich sucht er Eingriffstatbestände, die komplexe positive

Auswirkungen haben und über längerfristige Zeiträume hinweg zur Lösung von Problemen beitragen können, die in ganz anderen Politikfeldern liegen (ein solcher Tatbestand ist beispielsweise die »Qualifizierung von Migrantenkindern«). Die Selbstausrottung des Deutschtums an sich interessiert sie nicht.

Der Band beteiligt sich, von einigen ziemlich ärgerlichen Ausnahmen abgesehen, nicht an der verbreiteten Nutzung eher realistischer oder gleich phantasierter Trends für das Bashing von Arbeitslosen oder Frauen. Die Grundposition ist kritisch: »Denn ein Wirtschaftssystem, das die Zerstörung von (Öko-)Kapital mit Einkommen verwechselt, das den Profit zugunsten von Investoren maximiert und ihn von einer immer kleiner werdenden Schar von Arbeitenden erwirtschaften lässt, kann weder sozial noch ökonomisch nachhaltig sein. Der Planet als Ganzes und Deutschland im Speziellen sind im Jahr 2006 von den Zielen der Brundtland-Kommission weiter entfernt als 1987.« (S. 7) Es gelte »aus radikaler Vernunft« zu handeln: »Schulden abbau(en), den Kohlendioxid-Ausstoß mit allen Mitteln minimier(en), naturzerstörende Subventionen streich(en), Familien massiv entlaste(en) und hemmungslos in Zukunftsaufgaben wie Bildung und Integration von Migranten investier(en)«. (S. 8)

Seit Anfang der 70er Jahr übersteigt die Zahl der Sterbefälle die Geburtenzahl, seit 2002 wird der Rückgang der Einwohnerzahl auch durch Zuwanderung nicht mehr kompensiert – mittlerweile lebt in Deutschland gemessen an der absoluten Zahl der Menschen die zweitgrößte MigrantInnenbevölkerung der Welt.

Ab 2020 wird die Bevölkerung deutlich zurückgehen. Jede Kindergeneration ist um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Nun ließe sich diese Frage so erörtern, dass von den nationalstaatlich-territorialen Bezügen abstrahiert wird und davon ausgegangen wird, dass ein politischer Neuanfang in der Zuwanderungspolitik die geläufigen Kompensationseffekte erneuert; das ist weder politisch zu erwarten noch problemfrei – derlei Migration kommt weiterhin im wesentlichen dem Westen der Bundesrepublik und dort den ohnehin wirtschaftsstarken urbanen Regionen im Süden zugute. Die Binnenwanderung geht ohnehin in den Westen und aus den Städten ins Um-

land (Zersiedelung). Oder die Frage wird simpel auf die europäische Dimension verlagert – damit werden freilich die Fragen der regionalen und sozialen Ungleichheit, massiven Bildungsunterschiede, Diskriminierung der Frau und Sozialstaatsfinanzierung (!) nicht beantwortet, sondern verschärft.

»Unterm Strich« ignoriert beide Herangehensweisen komplett (was kritisiert werden kann) und diskutiert durchgängig entlang der dritten Variante: Wie kann eine der »reichsten« Industriestaaten nachhaltigkeitspolitisch mit den Effekten der demografischen Entwicklung umgehen, ohne dass am deutschen Wesen gleich wieder die Welt genesen muss? Dabei wird allerdings diskussionslos unterstellt, dass transnational wirksame Faktoren insbesondere auf dem Feld der Ökonomie (regional ausstrahlungsstarke Clusterbildungen, Standortpolitik von Unternehmen, übergreifende Verschiebungen der Innovationszentren, Veränderungen in den Mobilitätsdimensionen und -praxen, Verstärkungen kultureller Einflüsse) zu schwach sind, um als nachhaltig irritierende Variablen in eine solche nationalstaatliche Transformationspolitik einzugreifen. Die Zielvorstellung einer nachhaltigen demografischen Entwicklung (»Generationengerechtigkeit und soziale(r) Zusammenhalt«, S. 12) wird daher nur im nationalstaatlichen Rahmen verfolgt. Die gegenwärtige Binnenwanderungsstruktur ist kostenintensiv: In den Schwundregionen (vor allem im Osten, aber auch in Schleswig-Holstein, im Ruhrgebiet, im Saarland und in Rheinland-Pfalz) geht es um Rückbau, in den Wachstumsbereichen um Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen.

Was bedeutet dies für die Siedlungsentwicklung? Bis 2020 wird die Siedlungs- und Verkehrsfläche um täglich 1094 Hektar ausgeweitet werden; immer mehr Böden werden versiegelt. Die Eigentümerquote lag 2002 bei 44,6 %, Ein- und Zweifamilienhäuser als die in der Regel energetisch ungünstigsten Wohnformen haben an den neu gebauten Wohnungen in 2002 bereits einen Anteil von 68 % gehabt, zugleich standen drei Millionen Wohnungen leer, und die Leerstandsquote liegt im Osten bei 13 %. Die Aufrechterhaltung einer auch minimierten, aber nicht ausgelasteten materiellen und sozialen Infrastruktur in Schwundgebieten wird (pro Kopf) immer

teurer, z. B. Fernwärme oder Abwasserhygiene werden ökonomisch wie ökologisch immer ineffizienter (S. 28).

Die Autoren plädieren für eine Stärkung der Städte, auch durch Stärkung neuer Formen des Immobilieneigentums, das gegenwärtig die wichtigste Form der privaten Altersvorsorge darstellt und dessen Wertverfall absehbar ist (!) – also generationenübergreifende Wohnprojekte, gemeinschaftliche Finanzierung und Nutzung von Bauten, gemeinschaftliche Flächenökonomie statt Bodenverbrauch durch kommunale Standortkonkurrenz um Unternehmen. Die Autoren plädieren weiter für einen starken Bildungsaufwuchs (übrigens auf der Basis grausliger Wertvorstellungen »seelische Kapitulation« [S. 52], »einer Gesellschaft, die vor allem Selbstbestimmung belohnt« [S. 48], »fit für die Wissensgesellschaft« [S. 52], »muss Schule viel stärker zur Loyalität zu den Regeln und Tugenden des Gemeinwesens verpflichten« [S. 63], der »Nachhaltigkeitsmangel ist ...oft ein Wertemangel, ein Mangel an verbindlicher, positive Identität stiftender Orientierung« [S. 65]) und rasonnieren über eine neue kulturelle Unterschicht (47, 54 etc.), die ein Drittel der Gesellschaft umfasse und disziplinlos sich treiben lasse usw. usf.; hier wäre ein Schuss soziologischen Strukturwissens ziemlich nützlich gewesen.

Zum Thema MigrantInnen weisen sie recht trocken darauf hin, dass die Bevölkerung »ganz ohne Migranten ... bis 2050 um etwa 28 auf rund 54 Millionen sinken« (59) würde, plädieren für eine massive Qualifikationsförderung von MigrantInnen und für die Anwerbung qualifizierter Zuwanderer (mit Quotensystem, natürlich, hat sich ja echt ökonomisch bewährt...).

Einerseits nachvollziehbarer dann der (leider als einziger mit Literaturverweisen ausgestattete) Text zum Naturschutz, der die positiven Effekte demografischer Entwicklungen auf diesen hervorhebt (Rückgang der Zersiedelung, Rückbau von Infrastruktur, rückläufige regionale Straßennutzung, Erleichterung der Wiedervernetzung von Lebensräumen). Sein Plädoyer für eine Vernetzungspolitik von Lebensräumen ist allerdings gekoppelt an die Vorstellung, dass städtische Räume auf Dauer letztlich unbehelligt bleiben (sieht man von

vorübergehenden Nutzungen ab [S. 80]), Interventionen privater Akteure weiter ausgedehnt werden zu Lasten staatlicher Finanzierung und Durchführung des Naturschutzes und eine weitere Ökonomisierung des Politikfeldes erfolgen müsse (S. 81), für das die ökologischen Golfplätze (S. 81) ein besonders blödsinniges Beispiel sind.

Wendet man sich recht erwartungsarm dann dem Kapitel über das Ende der Ölzeit zu (S. 83), deutet sich doch eine gewisse Wiederkehr der »radikalen Vernunft« an, von der eingangs die Rede war. Es gehe um eine Umstrukturierung des gesamten Energiesystems (S. 84), die dringlich ist – wir leben in einer grundsätzlichen Entscheidungssituation: »Bis 2020 wird ein Großteil der deutschen Kraftwerke durch neue ersetzt werden ... Wenn wir heute nicht die sich bietenden Chancen ergreifen, haben wir keine Möglichkeit mehr, unseren Kindern und Enkeln ein nachhaltigeres Energiesystem zu hinterlassen und sie rechtzeitig aus der Abhängigkeit vom Öl zu befreien.« (S. 85) Die ökonomisch wie auch immer »sinnvoll« zu erschließenden Erdölvorräte sind zwischen 2035 und 2045 zu Ende, also ansatzweise bereits in 25 Jahren. Die Reserven von Kohle reichen noch ca. 120 Jahre, Erdgas und Natururan knapp fünfzig Jahre.

Die BRD importierte 2003 für 34,1 Mrd. Euro Energierohstoffe, darunter für 22,9 Mrd. Euro Öl und für 9,5 Mrd. Euro Erdgas. Energetische Sanierungspolitik, Stadtbau der kurzen Wege, regionalisierte Wirtschaft werden als Sparaspekte genannt, das Auto freilich (kaum zu glauben) bleibt letztlich im politischen Kalkül außen vor, eine schwerwiegende Illusion (S. 87). Der richtige Hinweis auf die Pfadabhängigkeit von Energieinfrastrukturen und die daraus kommende Schwierigkeit des Umsteuerns, die am Beispiel der langsamen Umstellung auf erdgasgetriebene Autos gezeigt wird (S. 90) ist nur ein Beleg dafür, das Energiepolitik ohne die Dimension soziokultureller Großprojekte nicht auskommt: Wo über positive Identitätsbildung durch das deutsche Schulwesen schwadroniert wird, wäre eine aktive Diskriminierung der Zentralware des Fordismus Auto an erster Stelle zu nennen – von ihrer ökonomischen (steuerlichen), städtebaulichen und technischen Diskriminierung ganz zu schweigen (das Schluss-

kapitel, das sich der Mobilitätsfrage widmet und eher nette Zielformulierungen (»Vision Zero« – an Unfällen!) ausbreitet, ändert daran nichts).

Erneuerbare Energien und Erdgas könnten nach Ansicht der Autoren in 2050 mehr als 2/3 der Energieversorgung abdecken – dabei allerdings werden weiterhin grundsätzliche Wachstumsannahmen zugrunde gelegt, wonach etwa der globale Energiebedarf bis 2030 um 50 % steigen werde, wozu Investitionen in Höhe von 17 Billionen US-Dollar nötig seien (zur hochgradigen Problematik dieser self-serving Annahmen siehe die Arbeiten von Tom W. O'Donnell). Im Abschluss des Kapitels wird dann allerdings ganz anders das Projekt der »2000-Watt-Gesellschaft« favorisiert, was bedeutet, dass der Verbrauch an Energieressourcen durch jede/n Einzelne/n in der BRD auf ein Drittel gesenkt würde. Ebenso findet sich ein Verweis auf Schwedens Zielsetzung, sich vollständig von der Versorgung durch Erdöl zu lösen, ohne auf Kernenergie umzustellen; man hätte übrigens auch auf einschlägige Zielstellungen des Ex-Umweltministers von Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Methling (Linkspartei) verweisen können.

Das abschließende Kapitel geht von einer einfachen Formel aus: »Ein System, das die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums über abhängige Erwerbsarbeit allein regelt, ist ökonomisch, aber auch sozial und ökologisch nicht nachhaltig.« (S. 103) Die Lösung des Problems Arbeitslosigkeit sehen sie in einem bedingungslosen, individuellen Grundeinkommen (S. 104 ff.). Unerwartet, verblüffend. Wohl nicht grundlos ist dieses Kapitel mit »Vision« überschrieben. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die Frage der politischen Durchsetzbarkeit auch ambivalenter Reformziele systematisch umgangen wird. Naja, man kann nicht alles haben. Hätte man aber das, was hier drinsteht, wäre die Erbschaft respektabel!

RAINER RILLING

Doron Rabinovici, Ulrich Speck,  
Nathan Sznajder (Hrsg.):  
Neuer Antisemitismus?  
Eine globale Debatte,  
Suhrkamp Frankfurt am Main 2004  
332 Seiten (12,50 €)

Gibt es einen »neuen Antisemitismus«? Diese Frage bildet den Hintergrund des Bandes, der angetreten ist, die internationale Debatte um das Thema einem deutschen Publikum nahe zu bringen. Entscheidend für den neuen Antisemitismus sei, dass »nicht die NS-Vergangenheit, sondern der Nahostkonflikt, seine Wahrnehmung und seine Deutung« (S. 7), den Kontext der Diskussion bildeten. Im Zentrum des Interesses stünden dabei die Frage nach dem Verhältnis zwischen Israelkritik und Antisemitismus und die Frage, ob es sich bei den nach Beginn der zweiten Intifada auftretenden antiisraelischen und antijüdischen Manifestationen um einen Antisemitismus neuer Qualität handelt oder doch um Judenfeindschaft klassischer Provenienz, oder ob antisemitische Einstellungen vielleicht überhaupt keine Rolle spielen.

Der Aufsatz »Der alte und der neue Antisemitismus« von Omer Bartov eröffnet den Reigen. Als Folie, vor der er aktuelle Äußerungen zur israelischen Politik und zu Juden und Jüdinnen im Allgemeinen auf ihren antisemitischen Gehalt untersucht, dient ihm ein erst 1968 veröffentlichtes Manuskript Hitlers. Bartov untersucht Äußerungen der akademischen Linken in den USA, europäischer Akademiker, Journalisten und Politiker auf ihre Kongruenz mit den Äußerungen Hitlers und kommt dabei zu erschreckenden Ergebnissen. Zwar warnt er vor einem Alarmismus, der ein »neues Auschwitz« bevorstehen sieht, da Jüdinnen und Juden »noch nie wohlhabender, erfolgreicher und sicherer gewesen (sind), als sie es heute in den USA sind« (S. 26), was ebenso für die Juden und Jüdinnen in Westeuropa gelte, dennoch sieht er zumindest Grund zur Sorge.

Den Anlass dazu leitet er aus einer aus dem NS zu ziehenden Konsequenz ab. So verteidigt Bartov den Standpunkt, dass »manche Völker, manche Regimes, manche Ideologien,

manche politischen Programme und auch manche religiösen Gruppen beim Wort genommen werden müssen. Es gibt Menschen, die meinen, was sie sagen; die sagen, was sie tun werden; und die tun, was sie gesagt haben« (S. 20).

Gerade in den Publikationen deutscher und französischer Eliten zu Ursachen und Wesen des 11. Septembers sieht er eine Kongruenz mit Hitlers Vorstellungen einer jüdischen Weltmacht, eine Obsession, die sich auch in der in Europa weit verbreiteten Vorstellung, Juden kontrollierten die amerikanische Regierung und damit die Weltpolitik, widerspiegeln.

Eine weitere Affinität zum klassischen Antisemitismus nationalsozialistischer Provenienz sieht er in den Darstellungen des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon in den Karikaturen europäischer Tageszeitungen, die ihn dem antisemitischen Stereotyp entsprechend als Kinderfresser darstellten. Begleitet werden diese Tendenzen in Europa von einer geringeren Sensibilisierung gegenüber antisemitischer Israelfeindschaft. So konstatiert Bartov, dass antiisraelische Aktivitäten linker Studierendengruppen in den USA auf erheblich mehr Widerspruch stießen als in Europa, was er mit einer kruden Liberalismus-Auffassung der europäischen Intellektuellen begründet, denen »Fanatismus bloß eine »sekundär auftretende« Art Fassade für Politik« (S. 21) sei.

Den anderen Pol der Debatte repräsentiert Judith Butler in ihrem Essay »Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kritik«. Judith Butler beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit einer Rede des Harvard-Präsidenten Lawrence Summers, der vor wachsenden Antisemitismus intellektueller Kreise warnt. Für sie stellt der Vorwurf des Antisemitismus eine Gefahr für demokratischen Freiheiten dar, da er »als Mittel der Drohung und als Mittel zur Unterdrückung politischer Kritik« (S. 69) die Gefahr in sich berge, die akademische Freiheit einzuschränken, und somit als Angriff auf die Meinungsfreiheit zu werten sei. Darüber hinaus verhindere der inflationär verwendete Vorwurf des Antisemitismus eine adäquate Bekämpfung der tatsächlichen Judenfeindschaft – eine Aussage, der ja soweit zuzustimmen ist. Problematisch wird sie aber durch das, was bei Judith Butler definitiv nicht als antisemitisch

gilt – beispielsweise Ted Honderichs Traktat »Über den Terror«.

Grundlage dieser Sicht ist die Auffassung, es ließen sich nur Äußerungen als antisemitisch qualifizieren, die ihrer Intention nach, nicht aber ihres Gehalts nach, gegen Juden gerichtet sind. Damit macht sich Judith Butler die Unterscheidung zwischen subjektivem und objektivem Sinn zu Eigen, in der Folge wird Antisemitismusforschung zur Motivforschung. Damit wiederum fällt die Argumentation hinter den neueren Stand der Forschung zurück, in der die Auffassung vertreten wird, die Motivation eines Autors sei zunächst zweitrangig; bestimmend sei hingegen die Reproduktion der antisemitischen Struktur in den kommunikativen Akten.<sup>1</sup>

Butler steht mit ihrer Auffassung nicht allein, der Beitrag von Tony Judt »Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus« verbindet Butlers Argumentation mit der Frage nach dem Profiteur und gelangt zu dem Fazit, dass der Vorwurf des Antisemitismus insbesondere von jüdischen Organisationen zur bedingungslosen Unterstützung Israels erhoben werde. Judt vertritt die These, dass hauptsächlich der israelische Anspruch, für alle Juden zu sprechen, das Umschlagen antiisraelischer Stimmung in offene Judenfeindschaft bewirke, der jüdische Staat also selbst eine bestimmte Form des Antisemitismus hervorbringe, womit aber die Schuld am Antisemitismus mit dem Staat Israel an eine jüdische Instanz verwiesen wird. Eine analytisch klarere Metapher hat dafür D. J. Goldhagen, wenn er den Nahostkonflikt als Katalysator (S. 93), aber nicht als befriedigende Erklärung von Judenfeindschaft sieht.

Es überwiegt in dem Band eine Betrachtung der aktuellen Israelfeindschaft, die eine Nähe zum Antisemitismus konstatiert. Hervorzuheben ist an dieser Stelle Alain Finkelkrauts »Im Namen des Anderen. Reflexionen über den kommenden Antisemitismus«. Der Autor konstatiert eine Transformation der Trägerinnen und Träger antisemitischer Ressentiments in Frankreich weg von einem konservativ-borntierten Kleinbürgertum zu einem intellektuell-antirassistischen Milieu. Diese Gruppe steche gerade durch ihr Gutmenschentum ins Auge, sie identifiziere sich mit den Palästinenserinnen und Palästinensern als den »Anderen« der

israelischen Gesellschaft, also den rassistisch Ausgegrenzten. Gleichzeitig ignoriere sie die ideologische Verfasstheit dieser strukturell Unterdrückten und verkläre deren Taten zu bestenfalls fehlgeleitetem Protest. Diese Haltung gehe einher mit der Selbstinszenierung als »bußfertige Richter« (S. 130), gegenüber dem die Juden und Jüdinnen als Anachronistische erschienen, die am vermeintlich überkommenen Prinzip nationalstaatlicher Souveränität festhielten.

Verschiedene Beiträge beschäftigen sich mit den Grauzonen, in denen Israelkritik ins Ressentiment übergehe, wenn beispielsweise doppelte Standards angelegt werden (Michael Walzer). Einen Schwerpunkt bildet die Frage nach der Einschätzung des Antisemitismus im aktuellen fundamentalistischen Islamismus, der mehrheitlich als neuer »Totalitarismus« gefasst wird. Abgesehen von der allgemeinen Problematik des Konzeptes »Totalitarismus« ist dabei der Beitrag von Gerd Koenen interessant, weil er darauf besteht, zwischen den hochgradig unterschiedlichen Kontexten antisemitischer Agitation deutlich zu unterscheiden. Zusammen mit einem struktursemantischen Begriff von Antisemitismus ermöglicht dies erst, die funktionalen Besonderheiten zu erfassen, die sich einer ideologischen Struktur bedienen, die aber nicht nur die »ewig gleiche Judenfeindschaft« ist.

Deutlich wird auch in diesem Band, dass nur zu wenige Menschen in der Lage sind, eine konsequent universalistische Position zu vertreten, mit Herzblut gegen Antisemitismus und für die richtige Kritik an Israel (und eben nicht nur an Israel!) zu kämpfen, die Ambivalenzen des Staates Israel als auch die seiner Feinde zu sehen. Vorherrschend, wenn auch mit Grauzonen, sind bipolare Muster, die entweder 1) Israelsympathie mit Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus verbinden oder 2) Palästinasolidarität mit Abwertung der Gefahr des Antisemitismus, beispielsweise im Islamismus.

Wie Judith Butler dies für den zweiten Pol repräsentiert, zeigt es der Beitrag Matthias Künzels für den anderen. Während er richtig auf den Ideologietransfer von NS-Deutschland zum Islamismus hinweist, lässt er den Katalysator des Nahostkonfliktes außer acht und verschweigt somit die Hyperkomplexität

der Debatte, die durch realen Antisemitismus, realen Nahostkonflikt sowie überzogene und richtige Antisemitismusvorwürfe gekennzeichnet ist, die alle jeweils eigenen Bedürfnissen entsprechend gedeutet oder instrumentalisiert werden. Dies wird auch nicht erleichtert durch eher außenstehende Pseudoexperten in der Antisemitismusdebatte wie die erwähnte Judith Butler oder Ulrich Beck, der zwar viele Problemfelder erkennt, aber ebenso wenig wie die anderen Autoren eine wirklich befriedigende Antwort auf die großen Frage geben kann.

ANDREAS MÜLLER, PETER ULLRICH

- 1 So zum Beispiel Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus?, München 2004, S. 150 f. anlässlich der Äußerungen des FDP-Politikers Jürgen Möllemann sowie allgemeiner Klaus Holz: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 135.

## Bernd Nagel: Die Eigenarbeit der Zisterzienser, Metropolis-Verlag Marburg 2006, 132 S. (14,80 €)

Jeder kennt die Klosterbauten der Zisterzienser, etwa in Chorin, Lehnin und Zinna, in Maulbronn, Eberbach und Loccum. Insgesamt sind es 1600, die zwischen 1120 und 1470 vom Zisterzienserorden errichtet worden sind. Ihre Bauwerke und Ruinen finden sich in ganz Europa, von Großbritannien und Irland bis Sizilien, von Dänemark, Schweden, Estland und Polen bis Spanien und Portugal, vor allem aber in Frankreich, Belgien und Deutschland sowie Österreich. Die Zisterzienser waren im Hoch- und Spätmittelalter ein gesamteuropäischer Orden. Den Ausgangspunkt für ihre Gründungen bildete das Kloster Cîteaux in Burgund. Seine spirituelle Ausstrahlung und sein wirtschaftlicher Erfolg bildeten die Basis für die erstaunliche Expansion des Ordens.

Das vorliegende Buch verfolgt das Ziel, die Ursachen für den wirtschaftlichen Erfolg der Zisterzienser aufzuzeigen und zugleich deutlich zu machen, warum dieser Erfolg nicht von Dauer war. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die Organisations- und Verhaltensre-

geln des Ordens sowie die Untersuchung des faktischen Verhaltens der Nonnen und Mönche im Verhältnis zu den normativen Vorgaben. Hier zeigt sich, daß die sehr strengen Verhaltensnormen (Armut, Keuschheit, Gehorsam) und die Kontrolle ihrer Einhaltung in Verbindung mit einer hohen Wertschätzung der Arbeit bewirkten, daß die »Eigenarbeit« der Klosterinsassen für den wirtschaftlichen Erfolg des Ordens ausschlaggebend war.

Im Unterschied zu anderen geistlichen Orden waren die Zisterzienser vor allem eine »Wirtschaftsgemeinschaft«. Sie standen damit in der Tradition der Benediktiner, setzten den Anspruch, von der eigenen Hände Arbeit zu leben und nur davon, jedoch konsequenter um. Ihre Klöster waren Wirtschaftshöfe, ihre Tätigkeit »Arbeit« im eigentlichen Sinne. Ihr Hauptaugenmerk galt der effizienten Produktion landwirtschaftlicher und handwerklicher Erzeugnisse und deren durchorganisierter Vermarktung.

Dafür waren ihre Bauten eher schlicht. Für den ökonomischen Erfolg benötigten sie weder Kirchtürme noch schmuckvolle Fassaden. Auch farbige Kirchenfenster, Heiligenschnitten, Skulpturen und stilvolle Ornamente fehlen typischerweise in den Zisterzienserklöstern. Ebenso reiche Kunstsammlungen und Bibliotheken. Im Leben der Zisterzienser dominierte die Askese, verstanden als Eigenarbeit. Dies bis zur Selbstaussbeutung, wodurch Lebensqualität und Lebenserwartung gering waren.

Aber nicht nur das. Der wirtschaftliche Erfolg der Zisterzienser, ihr Streben nach Geld und Gewinn, bewirkten eine wirtschaftliche Expansion des Ordens. Ungezügelter Landerwerb, die Errichtung immer neuer Produktionsstätten und Handelshöfe sowie Geld- und Kreditgeschäfte kennzeichneten zunehmend ihr Tun. Dies blieb nicht ohne Folgen. Die Produktivität erhöhte sich und damit der Reichtum der Klöster. Die Glaubwürdigkeit des Ordens litt jedoch. Auch kam es zu nicht unerheblichen Umweltschäden. Einige davon sind bis heute zu besichtigen. Zum Beispiel in der Lüneburger Heide, wo die Zisterzienser den Wald rodeten, um die Saline in Lüneburg mit Brennholz zu versorgen.

Trotzdem waren die Zisterzienser keine Kapitalisten. Bestenfalls deren »Vorläufer«, wie

Bernhard Nagel feststellt. Der Unterschied betrifft neben der zeitlichen Einordnung auch das Verhältnis von Ziel und Mittel. Für die Zisterzienser als einem geistlichen Orden waren Wirtschaft, Umsatz, Geld usw. Mittel, um religiöse Ziele zu erreichen. Ihre Identität entwickelten sie »durch ihrer spirituelle Gemeinschaft und die Verinnerlichung ihrer Ordensnormen, die auch eine Richtschnur für ihre wirtschaftliche Tätigkeit abgaben und zum wirtschaftlichen Erfolg beitrugen« (S. 52).

Anders die Unternehmer im Kapitalismus, für welche Geldgewinn und Profit das Ziel sind. Der Kapitalismus ist nun mal seinem Wesen nach *kein* religiöses Projekt, auch wenn bestimmte religiöse Einstellungen (Kalvinismus, Pietismus usw.) seiner Entwicklung durchaus dienlich waren. Die Orden der Benediktiner und der Zisterzienser hingegen schon, auch wenn sie effizient und in bestimmtem Maße präkapitalistisch wirtschafteten.

Der knifflige Punkt dabei ist das Investitionsverhalten. Bekanntlich ist die Akkumulation des A und O der kapitalistischen Produktion: »Mit der Akkumulation des Kapitals entwickelt sich (...) die spezifisch kapitalistische Produktionsweise und mit der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise die Akkumulation des Kapitals.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 653) Die Zisterzienser entwickelten ein »investives Denken, das sehr modern anmutet« (S. 74). Ihre konsequent geübte Askese in Verbindung mit der Eigenarbeit bedeutete die Vermeidung von Verschwendung bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität. Beides zusammen bildete die Voraussetzung für die Akkumulation von Reichtum, welche ohne die Hebelwirkung von Kredit und Zins jedoch nicht zu meistern war.

Reichtumsanhäufung, Kreditgeschäfte und Zinsnahme kollidierten jedoch mit dem Prinzip der Eigenarbeit und mit dem Armutsideal des Ordens. Ein Verstoß dagegen schadete der Reputation der Kirche und der Religion insgesamt und führte letztlich zur Untergrabung der Stellung der Klöster in der mittelalterlichen Gesellschaft. Aus diesem Widerspruch konnten sich die Zisterzienser nicht befreien. Ebenso wenig gelang es ihnen, sich auf die seit dem 14./15. Jahrhundert geltenden geldwirtschaftlichen Bedingungen der Produktion

umzustellen. Ihre Produktionsgrundlage war und blieb die Landwirtschaft. Damit waren sie einer naturalwirtschaftlichen Logik verpflichtet.

Sie scheiterten mit ihrem Wirtschaftsmodell historisch genau in dem Moment, in dem der Kapitalismus auf den Plan trat. Im Buch wird dieser Prozeß recht anschaulich beschrieben. Die theoretische Begründung dafür bleibt jedoch schwach (S. 91 ff.). Hier wäre etwas mehr Politische Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte am Platze gewesen. Auch hätte das Buch erheblich gewonnen, wenn außer den beiden Abbildungen auf S. 132 dem Text weitere Illustrationen mehr beigelegt worden wären.

ULRICH BUSCH

### Gegenstandspunkt 3/06. Imperialismus heute. Weltmarkt und Weltmacht – Von der globalisierten Zivil- gesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur, München, 127 S. (15 €)

Dass die außenpolitische Gewalt heutiger Staaten mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise in ihrem Inneren »zu tun hat«, gehört zum Grundbestand linker Gesellschaftskritik. Wenn es aber ans Erläutern und Begründen dieses Zusammenhangs geht, begnügen sich viele mit Kurzschlüssen. Einige versuchen, ökonomische Interessen für Krieg zu identifizieren, prangern »Krieg für Öl« oder andere Bodenschätze an und können sich vorstellen, dass eine Regierung schießen lässt, weil der militärisch-industrielle Komplex Waffen verkaufen will. Sie verstehen die handelnde Regierung als unfreien Hampelmann einiger privater Geschäftsinteressen, etwa US-Präsident Bush als den verlängerten Arm von Ölkonzernen und Halliburton.

Allerdings stehen diesen privaten Kapitalinteressen auch in den USA mindestens ebenso Interessen viele entgegen, deren Vertreter ihre Geschäftsbeziehungen durch Krieg ruiniert und ihre Profite im Frieden besser aufgehoben sehen.

Ein nationales Interesse des kapitalistischen Gemeinwesens an der Beherrschung und Unterordnung anderer Staaten, das private Interessen auch verletzt und für die »große Sache« in den Dienst nimmt, kann so gerade nicht erkannt werden. Erst recht versagt das kurzschlüssige Verfahren, wo man – etwa bei den deutschen Einsätzen in Afghanistan, am Horn von Afrika oder vor der libanesischen Küste – nichts findet, was abzuholen wäre.

Dann fallen auch linke Kritiker mehr oder weniger offen auf die – eigentlich – abgelehnten Auffassungen der bürgerlichen Politikwissenschaft zurück, die es sich leicht macht und einfach »Faktoren internationaler Konflikte« sammelt.

Einerseits weiß sie von »ökonomischen Interessen«, die Staaten aneinander haben, die aber hält sie für prinzipiell konsens- und kompromissfähig. Andererseits kennt sie ein »Machtstreben der Staaten«, das sie, weil sie es nicht erklärt, zu einer tief in der Menschennatur verankerten Polit-Konstante verklärt, die mit Kapitalismus nichts mehr zutun habe.

Die Herbstausgabe der Zeitschrift »GegenStandpunkt« wartet mit einem Versuch auf, den Zusammenhang von »Weltmacht und Weltmarkt« einmal grundsätzlich zu thematisieren – so die Überschrift des Hauptartikels in dem Themenheft, das dem »Imperialismus heute« gewidmet ist.

Da werden der ökonomische Verkehr zwischen kapitalistischen Staaten in der globalisierten Weltwirtschaft und die Konkurrenz, die sie sich um den modernen »Reichtum der Nationen« liefern, umfassend dargestellt. Vom Einkauf von Rohstoffen über den Verkauf von Industrieprodukten und der Konkurrenz nationaler Kapitalstandorte kommt alles vor, ebenso das letzte, zusammenfassende Gut, um das die internationale Konkurrenz tobt, das nationale Geld. In ihrer »Sicherheitspolitik«, so die Argumentation des Artikels, geben die weltwirtschaftenden Nationen zu erkennen, wie wenig sie sich auf eine automatische Wirkung der Sachzwänge der Globalisierung und auf ihre Propaganda vom gegenseitigen Nutzen des Handelsverkehrs verlassen.

Mitten im Frieden liefern sie sich neben der ökonomischen eine zweite, strategische Konkurrenz als Gewalten, um den ihnen nützlichen Frieden mit Kriegsdrohungen erzwingen bzw.

in ihrem Sinn korrigieren zu können. Gerade der vollendete Weltmarkt beruht auf einem umfassenden und *dauerhaften Abschreckungsregime* einiger Großmächte gegenüber dem Rest der Staatenwelt. Erst die Vernichtung aller Alternativen und die Bestrafung aller Versuche dazu erzeugen für alle Staaten die Alternativlosigkeit und damit den Sachzwangcharakter der heutigen Weltwirtschaft.

Den Krieg der USA »gegen den Terrorismus« versteht die Redaktion des »GegenStandpunkt« als den aktuellen Kampf um Universalität und Lückenlosigkeit dieses Abschreckungsregimes; nicht nur die islamistischen Feinde Amerikas, sondern alle Staaten werden da vor die Wahl gestellt, sich entweder als Helfershelfer amerikanischer Unangreifbarkeit zur Verfügung zu stellen oder selbst in die Ecke der Terror- oder Terrorunterstützerstaaten gerückt zu werden. So ringen die USA zusammen mit und zugleich gegen neue und alte Verbündete um das globale Monopol auf Krieg.

Allen anderen Staaten Krieg verbieten und erlauben zu können, ist die Fähigkeit zum militärischen Diktat. Die Abhandlung geht von da aus die diplomatischen und militärischen Konflikte der USA mit Freunden, Feinden und den Problemfällen ihres Aufsichtsregimes durch und findet trotz aller Besonderheiten der einzelnen Fälle (China, Indien, Irak, Libanon, Kongo) das immergleiche Ringen um eine weltumfassende Kontrollmacht.

RENATE DILLMANN

Adelheid von Saldern (Hrsg.):  
Stadt und Kommunikation  
in bundesrepublikanischen  
Umbruchszeiten.

Beiträge zur Kommunikations-  
geschichte, Band 17,  
Franz Steiner Verlag Stuttgart 2006  
394 S. (49 €)

Das Aufschlagen des Sammelbandes räumt schnell mit drei möglichen Fehlinterpretationen des Buchtitels auf: Erstens geht es nicht um Kommunikation mittels technischer Sys-



teme zur Informationsübertragung, sondern im weitesten Sinne um soziale Beziehungen im Rahmen von Gebautem. Zweitens handeln die Texte nicht von aktuellen Umbrüchen nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands, sondern vom Geschehen in den 60er und 70er Jahren. Und damit wird drittens auch klar, dass der Inhalt sich auf Städte und Stadtregionen der BRD in deren damaligen Grenzen beschränkt; nur an zwei Stellen werden punktuelle Vergleiche mit der DDR gezogen.

In 17 Beiträgen mit großer thematischer Breite beschreiben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, insbesondere der Kultur- und Medienwissenschaften, der Soziologie, Stadtplanung und Zeitgeschichte, detailliert und konkret wichtige Ausschnitte städtischer Transformationsprozesse.

Im einführenden Abschnitt charakterisiert die Herausgeberin zunächst das Spannungsfeld zwischen den Kräften, die zum einen den Zusammenhalt der Stadt bewirken können (Kohäsion) und die zum anderen auf ihre Auflösung (Entgrenzung) hinarbeiten; zugleich zeigt sie, wie sich das Verhältnis von öffentlichem und privaten Raum zu verändern begann. Es folgt ein Überblick über die westdeutsche Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er und 1970er Jahren, die durch ihre Kritik am drohenden Verlust der Urbanität ein Umdenken bei vielen Stadtplanern provozierte (Autorin: Beate Binder).

Der zweite Abschnitt des Buches verallgemeinert instruktiv Fallbeispiele für Kommunikationsmuster in neuen Räumen: Shopping-Malls im Unterschied zu innerstädtischen Geschäftsstraßen (Walter Siebel), die Wissenschaftsorte Garching und Martinsried als Enklaven am Stadtrand von München (Martina Heßler), Fußgängerzonen als »gute Stube« in den Innenstädten (Jan Logemann), die Suburbanisierung Hamburgs im schleswig-holsteinischen Umland unter dem Mobilitätsaspekt (Meik Woyke) und Schwierigkeiten der Gestaltbarkeit von Stadtregionen aus planerischer Sicht (Axel Prieb).

Der dritte Abschnitt beschreibt – teilweise sehr ausführlich und zu detailliert – Probleme der Kommunikation mit Blick auf Kultur und Repräsentation: Von der traditionellen Festkultur zur Festivalisierung und Kommerzialisierung

(Gottfried Korff), Imagepolitik und Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel Hannovers (Lu Seegers), Streit um den Wiederaufbau städtischer Wahrzeichen in Dortmund und Braunschweig (Georg Wagner-Kyora), die Berücksichtigung des Lokalen in den Printmedien – mit einem Exkurs zur regionalen Verankerung der DDR-Bezirkszeitungen mit Hilfe von Volkskorrespondenten (Gregor Hassemer/Günther Rager) und die Unterstützung der strukturellen Wandlung des Ruhrgebiets durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (Uta C. Schmidt).

Die Beiträge des abschließenden Abschnittes stellen sich weiteren Herausforderungen: am Beispiel des Bau einer Minarets der Duldung islamischer Symbole durch die Nachbarschaft (Jörg Hüttermann), dem drohenden Verkehrsinfarkt und der räumlichen Teilung der Städte durch übermäßige Motorisierung (Barbara Schmucki), der Integration Jugendlicher durch ein Freizeitzentrum in einer Großwohnsiedlung der Stadt Garbsen – mit einem zweiten kurzen Bezug auf den »Vergleichsstaat« DDR mit seinen Kulturhäusern u. ä. (Christian Heppner), der alternativen Aneignung der Stadt durch Hausbesetzungen und Gegenkultur (Detlef Siegfried) sowie den Erwartungen der Frauen an die Stadtgestaltung seit der Aufbruchstimmung der 1970er Jahre (Adelheid von Saldern/Barbara Zibell)

Als Gesamteindruck der geschichtlichen Rückblicke bleibt die Erkenntnis, dass die Wiederentdeckung der Vorzüge des städtischen Lebens die Kohäsionskräfte stärkte. So ist es trotz aller durch die Individualmotorisierung und dem Verlangen nach Einfamilienhaus im Grünen bedingten Auswucherungen und Auswüchse nicht zu einer »Amerikanisierung« der Städte, d. h. dem Ausbluten der Innenstädte und einer vollständigen Zersiedelung des Umlandes mit dem fast vollständigen Zusammenbruch des öffentlichen Personennahverkehrs gekommen.

Trotz der großen thematischen Breite des Sammelbandes vermisst der Rezensent ein tieferes Eingehen bzw. Beiträge zur Stadtgestaltung durch Partizipation der Bürgerschaft (Stichworte: Gegendiskurs und Governance) sowie aus der Sicht der Behinderten und der Fahrradnutzung; alle drei Aspekte wurden bereits damals vernehmbar artikuliert.

Mit heutiger Erfahrung fehlt vor allem der Blick auf die sozialräumliche Segregation; sie war mit dem Beginn der permanenten Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren in Ansätzen bereits erkennbar – wie auch im Beitrag zum Ruhrgebiet anklingt. Seitdem bewirken wachsende Polarität zwischen Arm und Reich, demographischer Wandel und wachsender Wohnungsleerstand in strukturschwachen Regionen neue Umbrüche in der Stadtentwicklung (Stichwort: schrumpfende Städte), die weiterer wissenschaftlicher Durchdringung bedürfen.

Für ostdeutsche Städte sind Forschung und Darstellung der Entwicklung und Transformation noch nachholend zu leisten. Dabei geht es allerdings nicht nur um Vergleiche mit westdeutschen Städten, sondern zu untersuchen wäre auch, inwieweit die von der DDR-Städtebaupolitik selbst gesetzten Ziele (vgl. u. a. das Standardwerk »Städtebau«, herausgegeben vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, Berlin 1979) realisiert wurden. Offenkundig ist, dass es einerseits parallele Prozesse gab (verstärkte Bautätigkeit in den Innenstädten in den 1960er Jahren, Schaffung von Fußgängerzonen in allen Bezirkshauptstädten und vielen anderen Städten bis in die 1970er Jahre, Errichtung der Neubaugebiete des Wohnungsbauprogramms 1971-1990 nach dem Prinzip der kurzen Wege, Ausbau des S-Bahn-Netzes ins Umland), dass aber andererseits bestimmte Entwicklungen hier erst nach der Wende mit der beschleunigten Automobilität einsetzten (verstärkte Suburbanisierung durch Eigenheimbau, großflächigen Einzelhandel und weiträumige Gewerbegebiete im Umland). Einzelne Entwicklungen wurden überhaupt nicht nachvollzogen; so blieben die Straßenbahnen bis heute ein wesentliches Element des Personennahverkehrs.

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Was für westdeutsche Leserinnen und Leser im Wesentlichen schon Erinnerung an Geschichte ist, stellt sich für Ostdeutsche in mancher Hinsicht als aufschlussreiche Beschreibung kürzlich erlebter und z. T. noch in Gang befindlicher Prozesse dar.

JOACHIM TESCH

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

### Bestellkupon

An  
UTOPIE kreativ – Redaktion  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 171 bis 180 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 170 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

.....  
Kontonummer

.....  
BLZ / Geldinstitut

.....  
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift